

Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 2.9.2021

Top 2-3:

Herr Wolfgang Bahne (B90/Grüne) wurde als neues Ratsmitglied eingeführt und verpflichtet, er rückt für Thomas Sorajewski nach, der sein Mandat niedergelegt hat. Im Anschluss wurde er durch Nachwahl in verschiedene Ausschüsse entsandt.

Top 4: Bebauungsplan „Auf der Backhaus Wiese“ in Frohnen

Zunächst stellte das Planungsbüro Dittrich aus Neustadt den überarbeiteten Bebauungsplan vor.

In der anschließenden Diskussion wies Dr. Roland Kohler (B90/Grüne) darauf hin, dass sich aus der Hanglage besondere Probleme bei der Entwässerung ergeben.

Wolfgang Probandt von G-BfW wies darauf hin, dass die geplanten Entwässerungsgräben regelmäßig gepflegt werden müssen, um ein Verschlammen etc. zu vermeiden. Im übrigen regte er an, den Anrainern eine Elementarversicherung anzuraten.

Dr. Thomas Stumpf (SPD) warf die Frage auf, ob mit den Anwohnern bezüglich etwaiger Gefahrenlagen beziehungsweise über Fragen der Grundstückshaftung besprochen wurde. Die Planerin teilte mit, dass sie diesbezüglich keinerlei Informationen habe, Bürgermeister Buchholz ergänzte, dass auch die Ortsgemeinde keine entsprechenden Gespräche mit den Anwohnern geführt hat, Herr Gottschalk von der Verbandsgemeindeverwaltung fügte hinzu, auch diese habe keine entsprechenden Gespräche geführt, dies sei vielmehr eine Sache des Planungsbüros.

Rolf Kahmann (SPD) regte an, für diese Fragen die geplante Informationsveranstaltung für die Anliege zu nutzen.

Top 5: Bebauungsplan „Asbacher Pfad“ in Johannisberg

Gleich zu Beginn der Beratung dieses Punktes wies Wolfgang Probandt (G-BfW) darauf hin, dass das geplante Gebäude mit einer Grundfläche von 700 m² und 3 Wohneinheiten eindeutig von dem Beschluss des Rates vom 8.4.2021, dass lediglich ein Einfamilienhaus errichtet werden sollte, abweicht. Er erklärte, aus diesem Grunde würde seine Fraktion dieses Vorhaben in der vorgelegten Form eindeutig ablehnen.

Dr. Roland Kohler (B90/Grüne) ergänzte, dass die Planung darüber hinaus einen klaren Verstoß gegen den Flächennutzungsplan enthält, weshalb seine Fraktion dieses Vorhaben in der vorgelegten Form nicht weiter erörtern wolle.

Lothar Köhn (CDU/FDP) regte eine Vertagung an und forderte das Planungsbüro auf, neu zu liefern. Ortsbürgermeister Buchholz schlug daher eine Vertagung dieses Tagesordnungspunktes vor, die vom Rat einstimmig beschlossen wurde.

Im Anschluss an den Beschluss zur Vertagung machten die Vorsitzenden aller Fraktionen ihrer massiven Verärgerung über das Planungsbüro Dittrich Luft. Lothar Köhn sagte, „wir haben am 8. April einen eindeutigen Beschluss gefasst. Dass nun bereits zum zweiten Mal über dieses Thema verhandelt werden muß, ist Ausdruck mangelnder Professionalität“. Martin Blanck (G-BfW) ergänzte, ein 700 m² großes Gebäude sei eindeutig keine ortsübliche Bebauung. Bürgermeister Buchholz stellte besonders heraus, dass drei Wohneinheiten nicht im Beschluss vom 8. April zugelassen waren.

Top 6 -9: Erschließung Bebauungsplan „Rellensiefen“ in Rederscheid

Im Hinblick auf die Hochwasserkatastrophe an der Ahr machte Dr. Kohler (B90/Grüne) deutlich,

dass viele Fragen, insbesondere des Hochwasserschutzes, für ihn nicht geklärt sein. Für ihn stelle sich die Situation so dar, dass gegebenenfalls erneut in den bereits beschlossenen Bebauungsplan eingegriffen werden müsse, um diese Fragen ausführlich prüfen zu können und wies wiederholt darauf hin, dass für ihn, anders als nach Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes, das beschlossene Moratorium hierzu den Weg eröffnen würde. Er stellte daher einen Antrag zur Geschäftsordnung, der beinhaltete, der Gemeinderat möge einen Rechtsgutachter beauftragen, der die wirtschaftlichen und rechtlichen Konsequenzen eines solchen Tuns untersuchen solle. Die Verbandsgemeinde solle gebeten werden, bei der Auswahl eines Gutachters zu unterstützen.

Im Anschluss an diesen Antrag setzte eine lebhafte, bisweilen auch polemische und vor allem lang anhaltende Diskussion ein, die sich wiederholt im Kreise drehte.

Herr Gottschalk von der Verbandsgemeinde wies darauf hin, dass der damalige Ratsbeschluss zum Bebauungsplan „Rellensiefen“ auslegbar sei und der Gemeinderat diesen durch weitere Beschlüsse konkretisieren könne, insoweit bedürfe es keines Rechtsgutachtens.

Da im Rahmen der Diskussion der Eindruck hätte entstehen können, dass das Projekt solle insgesamt verhindert werden, machte Wolfgang Probandt (G-BfW) noch einmal deutlich, worum es seiner Meinung ging. „Es geht hier nicht darum, abzulehnen, sondern im Hinblick auf die Ereignisse an der Ahr neu zu beleuchten und neu zu analysieren. Bei Starkregen ertrinken uns die Leute! Es geht darum, die Pläne zukunftssicher zu machen.“

André Gottschalk (VG Asbach) regte als pragmatische Lösung an, mit dem Investor, Herrn Bachmann, ins Gespräch zu kommen. Dieser Gedanke wurde von Martin Blanck (G-BfW) aufgegriffen, der darauf verwies, dass der Gemeinderat bisher mit Herrn Bachmann sehr gute Erfahrungen gemacht hat.

Da die Fronten absolut verhärtet waren, unterbrach der Bürgermeister die Ratssitzung, um den Fraktionen die Möglichkeit einer internen Beratung zu eröffnen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung lagen zwei Anträge zur Abstimmung vor.

Zum einen der von B 90/Grüne eingebrachte Antrag, zum anderen einen Vermittlungsvorschlag, der vorsah, dass die vier Fraktionsvorsitzenden, ein Mitglied der Gemeindeleitung, der Investor sowie ein Vertreter der Verbandsgemeinde zu einer Beratungsrunde zusammenkommen sollen, bei der ausgelotet werden soll, welche Anforderungen der Fraktionen an den Schutz vor Starkregen etc. gestellt werden, und auf der anderen Seite, was davon der Investor bereit ist, umzusetzen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der Vermittlungsvorschlag mehrheitlich angenommen, das Gespräch zwischen dem Ältestenrat, dem Investor und der VG-Gemeinde wird kurzfristig stattfinden.

Im Anschluss an die Beratung hinsichtlich der obigen Baumaßnahmen befasste sich der Rat mit der Arbeitsgemeinschaft Raum- und Umweltplanung, der Sanierung des Gehweges Reinhard-Wirtgen-Straße, dem Abriss des Wohnhauses Walgenbach, der Beleuchtung der Nebenanlagen an der K 27, der eines Traktor/Winterdienstfahrzeuges, der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebühren Satzung. Zu diesen Punkten wird auf das von der Verbandsgemeinde erstellte Protokoll verwiesen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen ging der Ortsbürgermeister auf zwei Anfragen der G-BfW-Fraktion ein.

Zum einen ging es um die Parksituation von LKWs auf dem Gebiet der Ortsgemeinde Windhagen,

da in letzter Zeit immer mehr LKWs nach Ablauf der zulässigen Lenkungszeit auf Windhagener Parkplätzen und selbst auf Gehwegen geparkt werden.

Hierzu teilte der Bürgermeister mit, dass ihm das Ordnungsamt der Verbandsgemeinde mitgeteilt hat, es würden demnächst zweimal wöchentlich Streifen des Ordnungsamtes die Situation in Windhagen beobachten.

Darüber hinaus solle der Verkehrsausschuss ein LKW-Parkverbot für das Windhagener Ortsgebiet prüfen.

Die zweite Anfrage betraf die Errichtung eines kombinierten Rad und Fußweges in Richtung der Kreuzung Freiberg.

Hierzu teilte der Bürgermeister mit, dass es im Hinblick auf den geplanten Umbau des Kreisels Freiberg keinen neuen Stand gibt, da es im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe an der Ahr zu Verzögerungen beim Landesbetrieb Straßenbau kommt.

Ferner teilte er mit, dass für den Rad- und Fußweg nicht die Stadt Bad Honnef Planungsträger ist, sondern der Rhein-Sieg-Kreis. Der für die Errichtung des Rad- und Fußweges erforderliche Grundstückserwerb würde derzeit dort laufen.